

NACHRICHTEN

Kirgisen nehmen Verfassung an

Bischkek – Zwei Wochen nach den schweren Unruhen haben die Kirgisen die neue Verfassung angenommen. Das Ergebnis der Volksabstimmung ebnete den Weg für die Parlamentswahl im Herbst, hiess es. (ddp)

Protestmarsch für entführten Soldaten

Jerusalem – Vier Jahre nach seiner Entführung haben die Eltern des von der Hamas entführten israelischen Soldaten Gilad Schalit zu einem Protestmarsch nach Jerusalem aufgerufen. (ddp)

Libyen-Affäre

Merz war offenbar im Bild

red. Bislang ging man davon aus, dass Bundesrat Hans-Rudolf Merz im Sommer 2009 ohne Wissen über die Pläne einer Geiselnbefreiung nach Libyen reiste. Die «SonntagsZeitung» schreibt nun aber, dass Merz mindestens zweimal über die Pläne informiert worden sei.

Im Dezember 2008 habe Pascal Couchepin bei der Amtsübergabe seinen Nachfolger informiert. Zum zweiten Mal soll Merz von Micheline Calmy-Rey, Chef des Auswärtigen Departementes, informiert worden sein. Im Vorfeld des Weltwirtschaftsforums 2009 in Davos habe man die Frage diskutiert, ob anstelle Calmy-Reys allenfalls Merz als Bundespräsident Muhammad el Ghadhafis Sohn Saif al-Islam treffen wollte. Laut «SonntagsZeitung» hat Calmy-Rey dabei Merz über die Pläne ins Bild gesetzt. Gemunkelt wird gar, dass Pascal Couchepin an einem Bundesratsessen alle Ratskollegen kurz informiert habe.

UBS

Kurer: «Ich habe nichts gewusst»

Der ehemalige UBS-Verwaltungsratspräsident äussert sich erstmals zum Steuerstreit mit den USA. Den Bericht der GPK beurteilt er als teilweise «extrem unfair».

ukn/sda. Lange hat er geschwiegen, nun nimmt er erstmals Stellung zum Steuerstreit der Schweiz mit den USA: Peter Kurer, früherer UBS-Präsident und Chefjurist der Bank, stellt sich gegen Vorwürfe, wonach er und der damalige Konzernchef Marcel Rohner von Steuervergehen gewusst haben sollen. Von der Geschäftsprüfungskommission (GPK) erhobene Zweifel beurteilt er im Interview mit der «NZZ am Sonntag» als «extrem unfair». Der Luzerner CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger meint: «Ich weiss nicht, ob das geschickt ist, wenn Kurer sich nun so äussert.» Lustenberger war Mitglied der Arbeitsgruppe, die den GPK-Bericht verfasste.

Erst Birkenfeld informierte Kurer

Kurer selber sieht sich indes entlastet: «Als ich mich von der UBS trennte, hat mir der Verwaltungsrat in der Abgangsvereinbarung ausdrücklich bestätigt, dass ich im Zusammenhang mit dem grenzüberschreitenden Geschäft mit US-Kunden keinerlei Pflichten verletzt habe», sagt er im Interview. Die GPK habe ihre Zweifel an dieser Tatsache nicht begründet, und sie gebe keinerlei Indizien für ihre Andeutungen.

Das sei wohl wahr, sagt Lustenberger, fügt aber an: «Solange gegen Kurer keine Beweise bestehen, gilt auch für den ehemaligen UBS-Präsidenten die Unschuldsvermutung. Es fällt mir aber schwer, zu glauben, dass jemand, der so lange Führungspositionen bei der UBS innehatte, von den Machenschaften in den USA nichts gewusst haben soll.» Kurer aber sagt, er habe erst von den Verfehlungen erfahren, als der UBS-

Vermögensverwalter Bradley Birkenfeld ihm einen Brief geschrieben habe. «Birkenfeld hat mir im März 2006 geschrieben, dass in der Genfer UBS-Niederlassung die internen Richtlinien im Nordamerika-Geschäft nicht eingehalten würden und er diese nicht gekannt habe.» Von Steuerbetrug oder konkreten amerikanischen Rechtsverletzungen habe es darin nichts geheissen.

«Es fällt mir schwer, zu glauben, dass Kurer nichts gewusst haben soll.»

RUEDI LUSTENBERGER,
GPK-MITGLIED

Er habe dann eine interne Untersuchung veranlasst und unter anderem die Empfehlung für eine unabhängige Kontrolle gegeben. «Im Nachhinein kann man mir vorwerfen, die Untersuchung sei zu eng gewesen, und die Empfehlungen seien zu wenig weit gegangen. Aber eine Pflichtverletzung kann man mir sicher nicht anlasten.»

«US-Klage bleibt möglich»

Thesen, wonach es der UBS später gelungen sei, den Staat in die Affäre hineinzuziehen, um die Bankspitze juristisch zu entlasten, verwirft der ehemalige UBS-Präsident und frühere Chefjurist der Bank ebenfalls. Die Vereinbarung zwischen der UBS und dem US-Justizministerium gelte nur zu Gunsten der Bank. «Die

Amerikaner könnten Marcel Rohner und mich trotz dieser Vereinbarung und dem Staatsvertrag auch heute noch einklagen, wenn sie wollten», so Kurer.

Rohner als Konzernchef und er hätten eine Zeit lang daran gedacht, den Amerikanern die Kundendaten selbst zu übergeben, und ein solches Vorgehen offeriert. Sie hätten einfach alle Optionen evaluiert, was nicht heisse, dass er, Kurer, mit dem späteren Entscheid des Verwaltungsrats, der Finanzmarktaufsicht (Finma) und des Bundesrats nicht einverstanden wäre.

Für die Grossbank hätte die Direktauslieferung einen vielleicht noch grösseren Reputationsschaden bedeutet, so Kurer weiter. Das sieht

EXPRESS

► Kurer und Rohner prüften, die Kundendaten selber zu übergeben.

► Das hätte aber womöglich einen noch grösseren Imageschaden nach sich gezogen.

Franco Taisch ähnlich: «Verletzen Verwaltungsräte oder Geschäftsleitung als oberste Garde eines Unternehmens den Persönlichkeitsschutz der Kunden vorzüglich und so stark, so ist das für das Kundenvertrauen immer tödlich», sagt der Titularprofessor für Banken- und Finanzmarktrecht an der Universität Luzern.

Kurer erklärte dass «unser Vorschlag den Vorteil gehabt hätte, dass den Amerikanern dadurch klar demonstriert worden wäre, dass hier eine potenzielle Verletzung des Schweizer Rechts vorliegt. Denn Marcel Rohner und ich hätten nach der Herausgabe der Daten zurücktreten müssen, und die Schweizer Behörden hätten ein Strafverfahren gegen uns eröffnet.» Selbst wenn beide nicht verurteilt worden wären, hätte dies veranschaulicht, dass möglicherweise Schweizer Recht gebrochen worden sei. «Das hätte die Lust der Amerikaner vermutlich eingeschränkt, die Herausgabe weiterer Daten zu fordern.»



Peter Kurer,
ehemaliger UBS-Präsident.
EQ

Honduras ein Jahr nach dem Putsch

Polarisiert, isoliert, von der Mafia unterlaufen

Auch ein Jahr nach dem Putsch ringt Honduras um Stabilität – und verkommt zu einer Drehscheibe für den Kokainschmuggel.

Die Wunden sind auch ein Jahr nach dem Putsch nicht verheilt. Politisch labil, vom Drogenhandel unterlaufen und international weiter in Quarantäne – so präsentiert sich Honduras auf den Tag genau zwölf Monate nachdem der linksliberale Präsident Manuel Zelaya im Morgengrauen noch im Pyjama von Militärs ausser Landes verfrachtet wurde. Der Verbündete des venezolanischen Linkspopulisten Hugo Chávez hatte zuvor gegen den Widerstand der bürgerlichen Elite des Landes versucht, ein Referendum über seine Wiederwahl anzustrengen.

Journalisten im Visier

Auftragsmorde erschüttern das Land. Vor allem Journalisten befinden sich im Visier: Neun starben seit dem Putsch, aber auch der oberste Drogenfahnder, Anwälte, Unternehmer und ein Neffe des Putschistenpräsidenten Roberto Micheletti. Die linke Widerstandsfront spricht von politisch motivierter Gewalt, um die Anhänger Zelayas mundtot zu machen. «Es gibt Hinweise auf eine selektive Verfolgung von Kritikern des Putsches durch staatliche Sicherheitsorgane», bestätigt der Präsident des Komitees für Menschenrechte, Andrés Pavón. Aber auch das organisierte Verbrechen sei nicht zimperlich.

Jährlich 100 Tonnen Kokain

Honduras ist zu einer wichtigen Drehscheibe für den Drogenschmuggel geworden, nachdem Mexiko der Drogenmafia den Krieg erklärt hat. Rund 100 Tonnen Kokain, so schätzen Fahnder, schleusen die Kartelle jedes Jahr durch das mittelamerikanische Land.

Die Straffreiheit ist nahezu total. Honduras hat eine der höchsten Mord-

raten weltweit, fast kein Verbrechen endet mit einer rechtskräftigen Verurteilung. «Das leistet fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen Vorschub», sagt Santiago Canton, Exekutivsekretär der interamerikanischen Menschenrechtskommission, die Honduras auf die schwarze Liste der Länder gesetzt hat, in denen die Menschenrechte besonders verletzt werden.

Weiter geschwächt wurde die ohnehin schon ineffiziente und politisierte Justiz durch politische «Säuberungen». Im Husarenstreich entliess das Oberste Gericht Anfang des Jahres alle Richter, die zuvor den Putsch kritisiert hatten. Die Organisation Human Rights Watch (HRW) sprach von einem «Besorgnis erregen-

den Rückschritt für die Gewaltenteilung». «Eigentlich sollte die Justiz für die Aussöhnung und Wiederherstellung des Rechtsstaates arbeiten», sagte HRW-Amerika-Direktor José Miguel Vivanco. «Leider geschieht genau das Gegenteil.»

«Klappe halten»

Als sich Porfirio Lobo für die Rücknahme der Entlassungsdekrete und Versöhnung einsetzte, bekam selbst der Präsident die Macht der Putschbefürworter zu spüren: Nachdem er angekündigt hatte, dem exilierten Zelaya die Rückkehr zu ermöglichen, wurde ihm umgehend per SMS beschieden, er solle die Klappe halten, da er sonst so enden werde wie Zelaya. Lobo denunzierte die

Putschdrohungen öffentlich – nichts geschah. Zwischen den Stühlen sitzt er auch wegen der Wahrheitskommission, die den Putsch aufarbeiten soll. Die auf Druck der internationalen Gemeinschaft eingerichtete Kommission wird sowohl vom Zelaya- als auch vom Putschistenlager kritisiert.

Wirtschaftlich arg gebeutelt

«Die mächtigen Familien, die Honduras schon seit Generationen beherrschen, setzen Lobo unter Druck», meint der Politologe Ajax Irias. «Sie haben kein Interesse an Aussöhnung, sondern nur an der Aufrechterhaltung ihrer Privilegien und fürchten eine Rückkehr Zelayas ebenso wie die von seinen An-

hängern geforderte verfassunggebende Versammlung.» Lobo hingegen kämpft ums wirtschaftliche Überleben des zweitärmsten Landes der Hemisphäre: Die Wirtschaftssanktionen nach dem Putsch haben Einbussen von rund 400 Millionen Dollar mit sich gebracht – inmitten der Weltwirtschaftskrise, die Honduras ohnehin 200 000 Arbeitsplätze und 3 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes gekostet haben.

Druck aus den USA

Ein schwacher Staat, ein hohes Gewalt- und Armutsniveau, extreme Mobilität durch Migration – das ist nach Worten des Sicherheitsexperten Joaquín Villalobos ein idealer Nährboden für das organisierte Verbrechen. Seit Mexiko dem Drogenhandel den Krieg erklärt hat, haben sich die Schmuggelrouten verlagert. Honduras ist eine der neuen Drehscheiben.

Täglich starten und landen Kleinflugzeuge mit dem weissen Pulver an Bord auf Dutzenden illegaler Pisten. In den USA läuten Experten die Alarmglocken, Honduras sei auf dem Weg zu einem gescheiterten Staat. Washington drängt deshalb auf eine Rückkehr des nach dem Putsch international geächteten Landes in Bündnisse wie die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). «Honduras hat alles getan, um wieder aufgenommen zu werden», so der US-Botschafter in Tegucigalpa, Hugo Llorens. Die Europäische Union hat ihre Beziehungen normalisiert, doch auf Druck der Latinos musste Präsident Lobo vom EU-Lateinamerikagipfel in Madrid wieder ausgeladen werden.

Sorgen vor US-Einmischung

In Lateinamerika hat die Doktrin vom «präventiven und anschliessend durch Wahlen legitimierten Putsch» grosse Sorgen vor einer neuen Ära der US-Einmischung geweckt. Denn mit Zelaya ist immerhin ein für die USA lästiger Chávez-Verbündeter von der Bildfläche verschwunden.

SANDRA WEISS, PUEBLA
nachrichten@neue-iz.ch



Im vergangenen November: Nicaraguas Marine konfisziert Kokain honduranischer Schmuggler.

REUTERS